

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 202 - 201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonabend

29. Oktober 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit: 8 1/2 bis 3 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 202 - 201

Ein Panthersprung nach Tanager.

Italienische Flottendemonstration am Jahrestag des Marsches auf Rom.

Tanger, 28. Oktober.

Unter dem Kommando des Prinzen von Udine ist eine italienische Schiffsdivision, bestehend aus Kreuzern und Torpedoboote...

Die italienischen Forderungen.

Tanger, 29. Oktober.

Den Vertretern der Weltpresse ist eine offiziöse Erklärung über Flottenbesuch übergeben worden. Es heißt darin:
Waffen ist mehr als jede andere Großmacht eine Mittelmeer...

Dieser Hinweis erscheint der italienischen Regierung angebracht in dem Augenblick, in dem die Verhandlungen über Tanger...

Die italienische Regierung sucht sich harmlos zu stellen. Sie erklärt, die Flottendemonstration im Tanger erfolgte in dem Augenblick, wo in Paris neue Verhandlungen...

Gute Lehren nach rechts.

Aber keine Entschlüsse.

Zu der im heutigen Morgenblatt wiedergegebenen deutschnationalen Erklärung über die Richtlinien-Verhandlungen äußert sich heute die „Germania“...

Ganz so harmonisch, wie es hier dargestellt wird, sind die Verhandlungen dann doch nicht ausgefallen. Zwar haben die Deutschnationalen hinsichtlich der Flaggenfrage erneute Versprechungen...

Ob und inwiefern die „Germania“ hier als Sprachrohr der Zentrumsfraktion auftreten darf, ist nicht ersichtlich.

Demonstration zu feiern und die Unzufriedenen unter seinen Anhängern mit einer demonstrativen Geste zu befriedigen.

Die Art der italienischen Demonstration, die Plötzlichkeit ihrer Ausführung und die harmlose Deutung, die man ihr zu geben versucht, erinnern an ein ähnliches wilhelminisches Unternehmen...

Dieser „Panthersprung“ Wilhelms nach Agadir hatte schwere diplomatische Verwicklungen und eine ernste Störung des Friedens zur Folge.

Der „Panthersprung“ Mussolinis richtet sich gegen Frankreich, England und Spanien, die seit 1923 Tanger gemeinschaftlich unter Ausschluß der Italiener verwalten.

Die englische Presse ist ratlos.

London, 29. Oktober.

Die italienischen Feierlichkeiten in Tanger hatten in Verbindung mit dem fünften Jahrestag des Marsches auf Rom einen ausgesprochen faschistischen Charakter.

Paris beunruhigt.

Paris, 29. Oktober.

Die Ankunft eines italienischen Geschwaders in Tanger beunruhigt die französische Öffentlichkeit. Man müsse Mussolini daran erinnern, daß er kein Recht habe, sich in die Angelegenheit von Tanger und Tunis einzumischen.

servativen. Einstweilen bleibt es dabei, daß diese ihre monarchistische Propaganda weiter treiben und daß das Zentrum angesichts der Unzufriedenheit seiner Arbeiterwähler...

Ein Füllhorn reaktionärer Vorschläge.

Das Staatsprogramm der polnischen Monarchisten.

Warschau, 29. Oktober. (Eigenbericht.)

Die drei konservativen Parteien Polens haben ihre gemeinsamen Richtlinien festgelegt. Sie erklären sich bereit, die bestehende Regierung zu unterstützen, wenn diese die exekutive Gewalt...

Gefängnisstrafe ohne Rechtsboden.

Der Chefredakteur Kul der deutschen sozialistischen „Volkszeitung“ in Lodz ist wegen eines Artikels über die Uebergriffe der polnischen Polizei gegenüber deutschen Schulkindern...

Das ist schon das zweitemal, daß die „Volkszeitung“ auf Grund der berüchtigten Presserordnung verurteilt wird, obwohl sie vom Parlament einstimmig abgelehnt wurde...

Der Lügengeist in Schulbüchern.

Zu Dr. Kaweraus Denkschrift.

Von Hermann Wendel.

Der Kampf um die Schule, in dem augenblicklich die Späne fliegen, dreht sich um die Frage, ob der Staat, ungehindert durch andere Mächte, über die Erziehung des Nachwuchses befinden darf oder nicht.

Mit diesen amtlich abgestempelten Büchern hauptsächlich für höhere Lehranstalten befaßt sich Kaweraus „Denkschrift“, und ihr Ergebnis ist recht kümmerlich.

Die schwachsinnige Vorstellung, daß ausgerechnet am deutschen Wesen die Welt genesen müsse, ist keineswegs in den Winkeln gescheut.

Welches Weltbild aber wird erst den deutschen Schülern und Primanern entrollt, wenn sie sich im Unterricht der Gegenwart nähern!

Aber bei Darstellung des Weltkrieges mischen sich auch andere innerpolitisch bedeutsame Töne ein. Die Niederlage in der Marne-Schlacht von 1914 führt ein Geschichtsbuch...

Gegen Ende Oktober erhielt Lubendorff, der für tatkräftige Fortsetzung des Kampfes war, den Abschied.

Von der blauen Brille sieht nichts in den Schulbüchern, dagegen heißt es:

Der Waffenstillstand vom 11. November (Erzberger) machte Deutschland wehrlos.

Kein Wort davon, daß die Hofarbeitspolitik der Obersten Heeresleitung es dahin gebracht, daß Hindenburg selbst

den Abschluß des Waffenstillstandes um jeden Preis angeraten hatte, statt dessen die Kammerbemerkung (Erzberger) wie ein Schuß aus dem Hinterhalt, und folgerichtig wird in einem ähnlichen Nachwort mit kaum verhohlener Beugung bemerkt, daß „der aus Galizien stammende (!) Eisner“ durch die Kugel eines Leutnants seinen Tod gefunden habe.

Die Jugend, der solche Auffassungen in den Schädel getriert werden, braucht gar nicht erst zu vernehmen, daß das Beamtentum in der konstitutionellen Monarchie am zuverlässigsten, in den großen Demokratien am korruptesten gewesen sei, oder daß die Sozialdemokratie, die auch die Attentäter gegen Wilhelm I. an die Rodschöhe gehängt werden, auf einer „rein materialistischen, höhere geistige Einflüsse ausschließenden Geschichtsauffassung“ fuße, es genügt schon, was sie über den Weltkrieg zu hören bekommt, um sie in „jene Stimmung namenloser Behässigkeit gegenüber der neuen Ordnung der Dinge“ hineinzutreiben, die nach Kowerau namentlich in der Provinz auf den höheren Schulen anzutreffen ist.

Diese tägliche Unterminierung der Republik durch das Schulbuch ist schon zahlenmäßig eine weit bedenklichere Erscheinung, als sich mancher träumen läßt, denn von zehn Millionen Schülern in Deutschland entfallen nicht weniger als 112 869 auf Mittelschulen und höhere Lehranstalten. Und es sind die Richter und Verwalter der Republik von übermorgen, die in dieser republikfeindlichen und antipazifistischen Gesinnung heranwachsen! Hier liegt wirklich eins der ernstesten Probleme für das Dasein unserer Staatsform. Auch die französische Republik stand nach 1870 auf schwachen Füßen. Erst Jules Ferrys Unterrichts-gesetzgebung, die die Schulstufen rücksichtslos ausstüftend, Sorge trug, daß fortan republikanische Lehrer die Kinder zu Republikanern erzogen, gründete die Republik so fest, daß sie später allen Stürmen standhielt. Wollen wir nicht die Folgerungen ziehen?

## Tortur.

Was man bei Hugenberg darunter versteht.

Im alten Deutschland hat man unter dem Sozialistengesetz Hunderte von Familienvätern ausgewiesen, von Frau und Kind gerissen, von Ort zu Ort gehetzt. Das betrachtete der alte Staat als sein gutes Recht. Daß aber beim Vorliegen höchst dunkler Diktaturpläne — und daß solche Pläne von Claß und den Seinen im Jahre 1926 ausgeheckt wurden, steht außer Zweifel — die Polizei Hausdurchsuchungen veranstaltet, das schreien die Anhänger jenes alten Staates als den Gipfel von Terror und Bedrückung aus! Man lese folgenden giftigen Ausfall des Hugenbergischen „Lag“ gegen das republikanische Preußen:

Und je mehr diese Leute, weil sie als Erbschleicher des gememelten aller Staates sich noch ganz unsicher fühlen, zu rohen Gewaltmitteln greifen, um entweder verfassungswidrig auch allen Andersdenkenden ihre Formeln und Embleme aufzuzwingen oder die Andersdenkenden durch Polizeischikanen und gerichtliche Tortur unterzuzwingen, desto mehr muß sich in der Welt die Ueberzeugung festsetzen, daß der neue Staat auf schwachen Füßen steht.

Tortur — wie fein besaitet doch die Leute sind! Sie selbst tragen zwar die Notverordnung des Oberlandesgerichtsrats von der Pforden in der Tasche, die in 25 Artikeln für den Fall des Staatsstreiks jedem Gegner den Tod durch Erschießung androht, wenn er auch nur sein staatliches oder parlamentarisches Amt weiter für die rechtmäßige Regierung ausübt, aber eine Hausdurchsuchung in höflichsten Formen gegen sie selber, das ist Tortur! Wenn sie weiter dem neuen Staat „Schwäche“ vorwerfen, wie schwach mußte sich dann wohl der alte Staat vorfinden, der zwölf Jahre lang nicht ohne Sozialistengesetz auskommen konnte und noch bis in seine letzte Zeit dauernde Polizeier-

folgung der Sozialdemokratie zum System gemacht hatte. Aber freilich — Hugenbergs Leute haben eine neue Entdeckung gemacht. Der „Lag“ schreibt nämlich über die Beziehungen zwischen Claß und dem ehemaligen Kaiser:

Der Alldeutsche Verband hat vor dem Kriege dem Kaiser gegenüber sich scharf freilich verhalten, aber jetzt anscheinend erkannt, wieviel mehr nationalen Fortschritt wir dessen kleinem Finger verdanken als allen regierenden „Köpfen“ nach dem November.

Das hat der nationale Schmod so schön gesagt, daß es einem schwer fällt, vor Lachen noch antworten zu können. Der Hugenberg-Lag ist freilich nur dem Prinzip der byzantinischen Verhimmelung treu geblieben, die im alten Staate Hauptberuf der „Total-Anzeiger“-Presse war. Wir anderen freilich, wir denken an das, was die Männer der nächsten Umgebung des Kaisers über diesen veröffentlicht haben: Bismarck im dritten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen“, der Feldmarschall Graf Waldersee, der Hofmarschall von Jeditz-Truttschler, der Graf von Hoensbroech und all die anderen. Und bei dem „kleinen Finger“, da ist wohl eine Verwechslung mit der „gepanzerten Faust“ unterlaufen, die sich aufschonpolitisch so außerordentlich segensreich ausgewirkt hat. — Am Schluß seines Artikels phantasiert dann der Verfasser:

Und wenn wir dank dieser gloriosen Führung unserer inneren Politik eines schönen Morgens wirklich wieder mit der Monarchie als Gottesgeschenk auf der Bettdecke aufwachen, dann würde sich niemand wundern.

Warum auch? Die Palaien für den Empfang Seiner Majestät sind zum mindesten schon zahlreich da. Und die sind doch für den Bestand der Monarchie das wichtigste.

## Die Verfassungswidrigkeit des Schulgesetzes Sozialdemokratische Feststellungen. — Reudells Ausflüchte.

In der fortgesetzten Beratung des Reichsschulgesetzes im Bildungsausschuß des Reichstags am Freitag führte Abg. Löwenstein (Soz.) aus:

Nicht nur mit dem Entwurf, sondern auch mit seiner Begründung hat sich Herr v. Reudell außerhalb der Verfassung gestellt. Er will eine christliche Volksschule schaffen, also eine Schule, für die in der Verfassung keine Bestimmungen vorhanden sind. Die Befennnisschule kann niemals die allgemeine Schule werden. Sie muß die Ueberzeugung anderer immer verletzen. Sie kann nicht tolerant sein.

Wir sind deshalb für die weltliche Schule, weil sie allein in der Lage ist, allen Ansprüchen der Toleranz gerecht zu werden.

Die Weltlichkeit des öffentlichen Lebens, des Staates verlangt auch eine dementsprechende Schule. Eingehend legt sich Löwenstein dann mit dem statistischen Material des Ministerialdirektors Kästner auseinander. Die Schulen in Preußen sind wohl formal bis zu 95 Proz. Befennnisschulen, aber Befennnisschulen im Sinne der Verfassung und des Entwurfs sind heute kaum noch an das Befennnis gebunden. Wir sind gegen eine Befennnisschule, die christlich gebunden ist. Da der Religionsunterricht durch die Religionsgesellschaften erteilt bzw. in seinem Charakter bestimmt werden soll, ist es unmöglich, ihn geistlich festzulegen.

Ministerialdirektor Kästner verlangt die Lösung der Grundfrage der Schulform des Artikels 146. Er warnt davor, die Lösung von den Ländern vornehmen zu lassen. Man kann der Auffassung sein, daß man auf den Artikel 146 überhaupt nicht bauen kann, dann löse man warten. Die Lehrer sind nicht wie Beamte, die Befehle auszuführen haben, sondern sie sind Lehrpersonen. Bei aller Notwendigkeit, den Elternwillen zu berücksichtigen, müsse er feststellen, daß die Fortschritte und Verbesserungen durchweg gegen den Elternwillen durchgeführt werden. In den Sammelklassen, also den weltlichen Schulen, sehe es darin viel besser aus. Es sei bewundernswürdig, wie an diesen Schulen die Eltern unter den schwierigsten Verhältnissen für und mit der der Schule und dem Lehrkörper arbeiten. Das verdiene alle Anerkennung.

Abg. Blesler (Soz.) behandelt die Bedeutung des Kindes in der

Bestimmtheit. Er weist auf die Forderungen des Deutschen Lehrervereins hin und lehnt nachdrücklich die Einführung der Befennnisschule als Regelschule ab.

Das Schulgesetz entspricht der Verfassung — sagt Reudell.

Reichsminister des Innern v. Reudell erklärt: Der Reichsjustizminister billigt die Vorlage in jedem einzelnen Punkte. Er glaubt, daß sie vollständig der Verfassung entspreche. Allerdings lassen die Verfassungsbestimmungen die Möglichkeit der Weiterentwicklung zu. Insofern haben auch die preussische Regierung wiederholt ihren Standpunkt gewechselt. Auf jeden Fall sind Auslegungen möglich. Wir wollen ein Gesetz zustande bringen, das von keinem Lande und keinem Teil des Volkes als Vergeismaltung empfunden wird. Der Entwurf läßt mit Absicht die Frage offen, ob der Gemeinschaftsschule eine Vorrangstellung einzuräumen ist. Der Minister betont, für die Reichsregierung bestehe an der Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs kein Zweifel.

In der heutigen Sitzung beanstandete der Vertreter Oldenburgs einige Teile des Schulgesetzes, stimmte diesem aber im ganzen zu. Nachdem die Abg. Bäumer (Dem.) den Ausführungen des Ministers entgegengetreten ist, gab der Vertreter Preußens eine längere Erklärung ab, die u. a. sagt, daß der vorliegende Schulgesetzentwurf eine Umgehung der Verfassungsbestimmungen sei. Preußens Vorschläge trügen der Verfassung besser Rechnung, die Kosten würden bei ihrer Durchführung die denkbar niedrigsten sein. Genosse Löwenstein betonte dann nochmals mit Nachdruck: Die Auffassung der Sozialdemokratie über den Inhalt der Gemeinschaftsschulen gehe dahin, daß der Unterricht alles enthalten soll, was alle Kinder wissen und können müssen; das gemeinschaftliche Gut aller. Jede Bindung an irgendeine Konfession sei daher abzulehnen. Die weltliche Schule müsse eine objektive, allumfassende Betrachtung des gesellschaftlichen Werdens und Lebens. Eine vollkommene Befreiung der Schule von allen im Gesetzentwurf enthaltenen Bindungen sei deshalb das Streben der Partei.

## Reichspolitik und Städte.

Material zur Frage der Vereinheitlichung des Reiches.

Der deutsche Städtetag hat soeben ein Sonderheft seiner Verbandszeitschrift mit dem Titel „Reichspolitik und Städte“ der Öffentlichkeit übergeben. Wie erinnerlich, waren die Beratungen des Städtetages auf seiner letzten Hauptversammlung in Magdeburg beherrschend von der Frage, wie angesichts der wachsenden Finanznot und der Einengung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Gesetzgebung des Reiches das Verhältnis zwischen Reich und Städten besser gestaltet werden kann. Dadurch wurde ganz von selbst das Problem des Einheitsstaates aufgeworfen, zu dem die meisten Vertreter der deutschen Kommunalpolitik in zusehender Weise Stellung genommen haben. Auch in der Resolution, die vom Städtetag mit großer Mehrheit angenommen wurde, kommt die Forderung nach einem engeren Verhältnis zwischen Gemeinden und Reich deutlich zum Ausdruck. In dem Sonderheft wurde nun das Protokoll der Magdeburger Tagung zusammengefaßt mit gutachtlichen Stimmen deutscher Hochschullehrer, die durchweg den vom Städtetag erhobenen Forderungen beipflichten und sie staatsrechtlich begründen. Eine Uebersicht über die wichtigsten in Zeitschriften und Zeitungen erschienenen Artikel über die in Magdeburg aufgeworfenen Fragen schließt das Heft und zeigt zugleich, welchen lebhaften Widerhall die Stellungnahme der großen Kommunen in der ganzen Öffentlichkeit gefunden haben.

Anlaßlich eines Empfanges, der am Freitagabend im Städtetag statt fand, betonte der Präsident des Städtetages, Dr. Wulert, daß Kommunalpolitik, Wissenschaft und Presse für eine organische Verwaltungsreform zusammenwirken müßten. Oberbürgermeister Scharnagl-Rüchsen legte an Hand eines Vergleiches zwischen den deutschen und amerikanischen Gemeinden dar, wie heute die deutschen Gemeinden weit mehr als die amerikanischen und weit mehr als vor dem Kriege darauf angewiesen sind, Aufgaben zu übernehmen, die in glücklicheren und reicheren Ländern von der Privatwirtschaft erfüllt werden. Insbesondere betonte er dabei, daß die deutschen Städte infolgedessen auf ausländische Anleihen angewiesen sind, deren Aufnahme ihnen heute durch die Beratungsstelle befehlsmäßig sehr erschwert wird.

## Gantillons Dirnentragödie.

Der Kritiker steht hier vor der traurigen Aufgabe, von einem literarischen Unglücksfall zu berichten, dessen Entstehungsurachen vorläufig in Dunkel gehüllt sind. Die Kammerspiele holen sich eigens den berühmten Regisseur Gaston Baty aus Paris, um Simon Gantillons „Maga“ einzustudieren, ein Schauspiel, das in der Seinestadt mehrere hundert Aufführungen erlebt hat. „Maga“ besteht aus einem Prolog, neun Bildern und einem Epilog und gebietet sich überhaupt literarisch höchst anspruchsvoll. Die Bilder spielen im Bordelviertel einer Hafenstadt, wo natürlich allerhand Schauriges passiert. Den bürgerlichen Zeitgenossen überläßt schon ein kalter Schauer, wenn man ihnen die für ein Bordellmädchen natürlich alltäglichen Ereignisse einer beruflichen Betätigung vor Augen führt. Bella, die für ein paar Franken Liebe verkauft, ist für den einen ein Stück Fleisch, für den anderen Geliebte, für einen Dritten das Opfer schlechtes, für andere Vertraute geheimster Gedanken. Die Hure als Beichtotter. Der französische Autor versucht, uns Verständnis für die Dirnentragödie beizubringen. Schade nur, daß wir mit dem Problem besser fertig werden als er. Ausgerechnet jetzt paden die Kammerspiele diesen abgetauten Stoff aus, wo wir von Reglementierung der Prostituierten nichts mehr wissen wollen. Für uns ist die Dirne kaum noch ein soziales, sie ist ein hygienisches Problem. Schlimm ist auch die Nährlosigkeit des Ganzen. Indem der Autor dem Stück verworene Symbole aufspröft, glaubt er den Einzelfall ins allgemeine Menschliche zu erheben. Die zeitlich gebundene Bella soll die zeitlose mythische Maga sein. Das ist noch schlimmer. Theatralik von vorgestern. Im übrigen lebt in den Bildern eine gruselige Romantik. Ein Schiffsheizer, der sich mit seinem schweren Beruf nicht abfinden kann, schenkt der Dirne einen Diamanten, bevor er ins Wasser springt. Ein von den Furien der Hysterie befallener Ander explodiert in ekstatischem Aufschrei unter Harmonikbegleitung. Lubenpflüßige Schriken, Revolver knallen, Polizeikommissare lauern. Eine Freudenfunde bei der Dirne als letzte Gnade für den zum Tode Verurteilten fehlt auch nicht. Kurz und gut, die Bilder sind die Phantasien eines Spielers über das Dirnenlos. Daran ändern auch nichts zwei dichterisch empfundene Szenen. In die legt Hans Rehmann wunderwolle kindliche Menschlichkeit.

Für dieses Stück haben die Kammerspiele nicht nur die prominentesten Spieler verpflichtet. Sie haben auch das Ensemble der „Dorothea Angermann“ geplündert. Ida Wüst, Blandine Ebinger, Frieda Richard, Toni van Eck, Oskar Karlweh, Theodor Voos, Fritz Kampers, Jakob Liedtke, Karl Ballhaus verkleiden den papiernen Rollen pulsierendes Leben. Die Hure spielt Elise Eckersberg mit müden Sehen und müder Stimme. Für ihre Rolle hat sie sich einen gezogenen Tonfall zugelegt, der ihre graziöse Signatur fast ganz verdeckt. Ermin Haber

hat die aussichtslose Aufgabe, die in die Wolken weisende Symbolik zu verkörpern. Seine Leistung ist virtuos, streift aber hart am Lächerlichen vorbei. Das Publikum bewahrt diesem Schmarren gegenüber eine bewundernswürdige ruhige Haltung.

Ernst Degner.

## „Für Gemüt und Geist.“

Was es gleich zu sagen, es handelt sich um den von Friedrich Dienhard herausgegebenen „Järner“, Monatschrift für Gemüt und Geist.“ Die letzte Nummer beginnt mit einem Aufsatz „Die Stillen im Lande“ vom Herausgeber selbst. Also die Stillen sind eine „Edelrasse großer Seelen“, wandelnden Flammen vergleichbar, ein Sternhimmel, der durch Strahlung miteinander verbunden ist.“ Sie sind die echten Christen, „gute und große Herzen, die mit ihrer weniger sichtbaren und doch spürbaren Flamme an der Wärmeverbreitung auf diesem Erdball mitwirken.“ Sie vertreten das Gottesreich im Gegensatz zum Reich des Satans; deren Mitglieder erheben die entscheidenden Antriebe tiermenschlich von der Schlaubeit (Eigennutz), jene dagegen geistmenschlich von der liebenden Weisheit. Sie haben eine kosmische Aufgabe. Welche, werden wir gleich sehen.

Blättern wir nämlich weiter in dem Heft, so finden wir eine Zuschrift zu einer Rundfrage „Wie steht's um unsere Jugend?“ im Februarheft der Zeitschrift. Dazu schreibt ein junger Elässer u. a.: „Das Blut bliebt mir vor Erregung in den Adern stehen, wenn ich lese, daß man so etwas (den Krieg) hat „miterleben“ dürfen.“ Ich habe schon „dürfen“ auf den Ezoanmer Höhen im Januar 1915, als Eingeweide und Gehirne unserer Kameraden, mit denen wir zuerst geschert und gelacht hatten, vor uns im Drahtverhau baumelten.“ Sie nehmen nun wohl an, lieber Leser, daß der Ehemenschlich Fritz, dieser „echte“ Christ, geistmenschlich seine Flamme spüren läßt und die Entrüstung des jungen Einsenders über das Reich des Satans teilt. O nein, diese Art von verzwickten Christen sind der Ansicht, daß „die rein menschlichen Beziehungen eine Sache für sich sind, die nationalen Ueberzeugungen nicht zu fördern brauchen“, und so bestimmt der Einsender zu der obigen Erinnerung die Antwort: „Das ist ein Einzeldruck, der in Ihrem Sehbild haftet, hat aber doch mit dem Ganzen dieses Heldenkampfes nichts zu tun.“ Und weiter: „Man predige den Pazifismus den anderen! Wir haben diese Predigt wahrlich nicht nötig.“

Es ist wirklich schwer, sich in die Geistesverfassung derartiger Menschen hineinzudenken. Auf der einen Seite dieses geschwollene Phrasenchristentum, und andererseits diese Brutalität und Stumpfheit, die die große Schlächterei zu einem optischen Eindruck verkleinern will, der mit dem Ganzen nichts zu tun haben soll. Bestand denn nicht fast der ganze „Heldenkampf“ aus solchen Scheußlichkeiten, oder meint Herr Dienhard mit dem Ganzen, das damit nichts zu tun hat, die Welt der Kriegsgewinnler, Schieber oder Tintenfüßler, die ihre Landesteile besetzen und verbummen? Wie stellt er sich zu dem Wort von Grillparzer: Von der Humanität durch die Rationalität zur Brutalität? Rein menschliche Beziehungen brauchen die nationalen Ueberzeugungen nicht zu stören, sagt er dem Einsender, der der Ansicht ist, daß die menschlichen Ziele eines jeden den nationalen vorzugehen müssen. Sollte wie Dienhard schreiben in der Tat nur

am Schreitisch in Humanität zu machen, und es ist in Hinsicht auf die obige Antwort eine beachtliche Ironie, wenn er dem Einsender herablassend und — väterlich — auf die Schulter klopf: „Sehen Sie in ähnlicher Richtung — Befreiung Deutschlands — wirkt der Türmer seit langem!“ Das merkt man! Sch.

„Schön sein wie aus.“ Sie könnte ebenso gut 35 andere Titel haben — die neue Revue, mit der Henry Bender in das Theater in der Kommandantenstraße einzieht. Sie zehrt von seinen und unseren Erinnerungen an die klassische Zeit des Metropolitantheaters. Victor Holländer erneuert seine alten Melodien (wozu Offenbach und Strauß kräftig beisteuern müssen), und S. Ehrlich gibt modernen Schmick dazu. Henry Bender kommt als abgesehter Jupiter (die olympische Revolte, frei nach Offenbach, gibt sehr gelungene Seitenhiebe an Wilhelm von Doorn) nach Berlin und erlebt nun, bald als Draufschwänker a. P., bald als Schupomann, das neue Berlin mit seinem Modehausbetrieb, Fremdenbesuch und bringt dabei seine Reminiscenzen an das alte Berlin an. Ergötzlich ist besonders die Szene, in der er mit seinem Apfelschimmel austritt. Daneben gibt es natürlich ein tolles Durcheinander von Tänzen, Couplets, Girls. Samt und Seide wird auch (mit deutscher Reklame für ein Seidenhaus) ausgebreitet. Aber statt Ausstattungsrevue dominiert sonst die Einzelleistung. Man notiert: Ernst Berebes als fabelhaften Tanzmenschen, Louis Kalliger als wirklichen Komiker, die entzückende kleine Chansonette Claire, Annemarie Haje als edelberlinische Kinohöhle, Werner Gille, Cise Reoal und die schöne Antje van Paer. Man war guter Laune und konnte, noch nicht zu Lode ermüdet, rechtzeitig nach Hause gehen. Also eine kurzweilige Revue.

Eine Expedition in 500 Fuß Meerestiefe. Der New Yorker G. R. Williamson, der bereits den Film „20 000 Meilen unter der See“ hergestellt hat, beabsichtigt mit zwei anderen Gelehrten eine Expedition zu unternehmen, um das Leben der Tiefsee 500 Fuß unter der Oberfläche des Stillen Ozeans zu studieren. Er will seine Beobachtungen in einem stabileren, kugelförmigen Raum anstellen, der mit Fenstern aus schwerem Glas ausgerüstet ist. Zahlreiche Abflüge in die Tiefe sollen an den verschiedensten Stellen vorgenommen werden. Ein besonders gebauter Schoner wird mit den Gelehrten demnächst von San Francisco nach der Westküste von Mexiko abfahren, wo die ersten Beobachtungen gemacht werden sollen.

Erstaufführungen der Woche. Dienstag: „Ich am Kurlißendamm: Die Hölle.“ — Th. t. d. Klosterstr.: „Was ihr wollt!“ — Baller-Ad.: „Die Kinder.“

Der Berliner Sängerkorps „Wita“ d. D. u. E. veranstaltet am Montag, dem 31. Okt., abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshagen ein Konzert, betitelt: „Fremdpländische Volkswesen“, holländische und russische Volkslieder für Soli Chor und Orchester. Mitwirkende: Das gesamte Berliner Sinfonie-Orchester (60 Musiker), Carl Höfer — Statistiker (Tenor), Bruno G. Waller (Registrierer), Erhard Feinert — Mitglied des Vereines (Bariton), Freie Mandolinisten-Vereinigung Rudolfs 1908. Leitung: Kapellm. Philipp Heib. — Eintrittskarten M. 1.50 inkl. Terzball an der Abendkasse.

Das Kommando der Schulpolitik veranstaltet mit seinem Sinfonie-Orchester, unter Leitung von Camillo Dübendorff am 2. Nov. 30 Uhr, im großen Saal der Staatlichen Hochschule für Musik, Charlottenburg, Palaststr. 1, sein zweites diesjähriges Sinfonie-Konzert. Karten sind bei Dobe u. Hof und H. Westheim erhältlich.

## Landes-Schulrat Dr. Stoelzel verzichtet!

Der Erfolg einer reaktionären Hege!

Seit mehr als Jahresfrist liegt dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein Antrag des Bezirksamtes Prenzlauer Berg vor, die Wahl des Landes-Schulrats Dr. Stoelzel zum Oberstudiendirektor des Sophien-Gymnasiums zu bestätigen.

Gleich nach der Wahl zeigte natürlich, wie immer, wenn einem Opfer politischer Verheerung und Rechtsprechung Genugtuung zugedacht ist, die bekannnten üben und heuchlerischen Quertreiber aus dem Lager der Rechtstreue ein. Daß inzwischen Dr. Stoelzel durch Spruch der obersten Disziplinarinstanz von allen Vornwürfen ehrenrühriger Natur befreit und als Landes-Schulrat von Braunschweig wieder dienstfähig erklärt worden ist, davon haben die sonst von Wahrhaftigkeit und Rechtschaffenheit überfließenden Hüter bürgerlicher Gerechtigkeit und Sittlichkeit keine Notiz genommen. Sie demühen vielmehr, wie sich das aus Notizen der deutschnationalen Presse ergibt, die für den Ministerium nunmehr vorliegende zwingende Notwendigkeit, zu dem Bestätigungsantrag abschließend Stellung zu nehmen, zu einer erneuten und nicht minder unwahrhaftigen Hege gegen Genossen Stoelzel, in der stillen Hoffnung, das Ministerium zumungunsten Stoelzels zu beeinflussen. Das widerwärtige Treiben hat nun schließlich, wie das menschlich begreiflich ist, auch in diesem Falle dazu geführt, daß der unablässig Verfolgten, von Eitel erfaßt, auf eine Weiterführung des Kampfes im Interesse der Sache verzichtet. Wir sind in der Lage, die an das Bezirksamt zu Händen des Bürgermeisters Genossen Dr. Ostrowski gerichtete Verzichts Erklärung Dr. Stoelzels nachfolgend zur Kenntnis zu bringen.

Genosse Stoelzel schreibt:

„Seit über einem Jahre steht die Bestätigung meiner Wahl zum Direktor des Sophien-Gymnasiums aus. Die jetzt plötzlich aufs neue wieder einsetzende heftige Hege gegen meine Bestätigung in der Berliner deutschnationalen Presse zeigt mir, daß der politische Gegner in der Zwischenzeit nicht müßig gewesen ist, um mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln meine Bestätigung zu hinterziehen und mir jedenfalls ein ruhiges und gegenstandsloses Arbeiten unmöglich zu machen. Ich glaube daher nur im Interesse der Schule, die nun schon fast zwei Jahre ohne Direktor ist, zu handeln, wenn ich unter diesen Umständen meine Bewerbung um das Direktorat des Sophien-Gymnasiums zurückziehe. Daß dieser Schritt mir nicht leicht geworden ist, da ich mich auch den Instanzen, die mich gewählt haben und sich so warm für mich eingesetzt haben, verpflichtet fühle, bedarf wohl keiner besonderen Versicherung. Indem ich Ihnen noch vielmals für Ihr freundliches und unermüdetes Eintreten für meine Kandidatur von Herzen danke, bitte ich diesen meinen Verzicht auch dem Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zur Kenntnis zu bringen.“

Der Verzicht ist, wie wir erfahren, inzwischen auch schon dem Ministerium zugeleitet worden. Der Herr Minister wird recht froh sein, auf so billige Weise aus der Verpflichtung herauszukommen, den anerkannten Landes-Schulrat eines deutschen Freistaates und einen aufs heftigste bescholtenen sozialdemokratischen Beamten als Direktor eines Berliner Gymnasiums zu bestätigen. Es bleibt nur zu bedauern, daß politische Hege, so oder so, wieder einmal ihr unsauberes Ziel erreicht hat. Das eine aber steht fest, daß damit nicht auch ganz allgemein die Ausschaltung sozialdemokratischer Schuldirektoren aus dem Berliner Schulwesen erreicht werden kann. Die Berliner Sozialdemokratie wird es sich niemals nehmen lassen, tüchtigen Schulmännern, die in ihren Reihen stehen, die Leitung höherer Berliner Schulen anzuvertrauen.

## Unfall eines Berliner Geschäftsmanns.

Der Führer schwer verletzt.

Halle a. d. S., 29. Oktober.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Halle (Saale) teilt mit: Am 28. Oktober um 18,45 Uhr auf dem schrankenlosen Ueberwege der Straße Ruhland—Senftenberg bei Kilometer 1510 der Bahnstrecke Ruhland—Dachhammer ein Reklamewagen der Firma Hortaginwerke, Berlin, Greifswalder Straße 143, mitten in die Lokomotive des dem Ueberweg passierenden Zuges 2328 hinein. Dabei wurde die Lokomotive beschädigt, der Kraftwagen zertrümmert. Der Kraftwagenführer Jakob Seig aus Berlin erlitt schwere Verletzungen und ist nach Anlegung von Notverbanden durch Krankenauto in das Knappschaftskrankenhaus in Senftenberg übergeführt worden. Der Begleiter Otto Glaubild aus Berlin wurde nur leicht an der Nase verletzt. Der Führer des in Form eines Pflanzens konstruierten Autos war so gebaut, daß die Aussicht ein- geschränkt war. Der hell erleuchtete Personenzug wäre auf 800 Meter Entfernung zu sehen gewesen. Der Begleiter gab bei seiner sofortigen Vernehmung zu, das Zeichen der Lokomotive gehört zu haben. Die Schuld tragen der Kraftwagenführer und die Bauart des Führersitzes.

## Wieder ein Raubüberfall.

Eine Filialleiterin niedergeschlagen und beraubt.

Beamte der Kriminalpolizei wurden heute mittag nach der Hohenstaufenstr. 13 alarmiert. In dem Hause befindet sich eine Filiale der Wäscherei von Engelhardt, die von einer Frau Efrida Wendorf geleitet wird. Gegen 12 Uhr erschien in der Filiale, wie die Frau angab, ein junger Mann, der eine Auskunft haben wollte. Plötzlich sprang er auf die Filialleiterin zu, würgte sie am Hals und versetzte ihr einige Schläge über den Kopf, so daß sie bewußtlos zusammenbrach. Dann raubte der Täter die Kasse, die etwa 200 Mark bares Geld enthielt, und flüchtete. Er entkam ungehindert und unentdeckt. Die Kriminalpolizei ist bei Redaktionsdruck noch am Tatort mit notwendigen Erhebungen beschäftigt.

## Die Zustände bei der Zollfahndungsstelle.

Der Betrugs- und Besichtigungsprozeß gegen den Zollinspektor Blaumann und seine Agenten Johann Silberstein und Aron Cohn wurde, nachdem die Verhandlungen gestern nacht um 11½ Uhr abgebrochen worden waren, heute früh fortgesetzt. Ein Kriminalbeamter machte Auslagen über das Verhalten Blaumanns an der Zollfahndungsstelle, nachdem die Druckerlei ausgehoben worden war. Blaumann habe mit den zunächst als Fährten festgenommenen Cohn und Silberstein lange geklüßelt, und der Beamte habe den Eindruck, daß Blaumann den beiden einflüßerte, was sie auslagen sollten. Weiterhin wurde von Zollbeamten ausgefragt, daß auf Grund eines Erlasses des Reichsfinanzministers die Zollfahndungsstelle sich mit allen „Schloten“ in Verbindung setzen mußte, um nur irgendetwas herauszubekommen. Dabei sollte man sich um die persönlichen Qualitäten der „Gewährsmänner“ nicht kümmern. Es dürften Vorschüsse aus dem sogenannten „Schwarzen Fonds“ gemacht werden, ohne daß die vorgelegte Dienststelle danach zu fragen hatte und ohne daß Abrechnung zu legen war. Der frühere Zollinspektor Patti sagte aus, daß Blaumann über die Gelder verfügen konnte, wie er wollte. Es war ausdrücklich von oben angeordnet worden, daß man sich in Geldfragen nicht feilschen sollte. Gegen Patti hat wegen seiner Duldung dieser Zustände ein Disziplinarverfahren geschwebt. Er ist mit 300 Mark bestraft und pensioniert worden. Patti war zu jener Zeit, als die „Bühnenkassette“ entdeckt wurde, der stellvertretende Präsident der Zollfahndungsstelle.

Die Müllkästen der Residenzstadt. Endlich können wir einmal dem Oberbürgermeister von Potsdam, Herrn Kaucher, zustimmen: Noch heute läßt er auf die Müllkästen seiner Kommune die Bezeichnung: „Residenzstadt Potsdam“ eingraben. Bravo! Auf die Müllkästen gehört sie!

# Todesstrafe und Rechtseinheit.

Die Vollstreckung eine politische Frage; nur Beseitigung schafft Rechtseinheit.

Als einer der bedeutendsten Gründe für die grundsätzliche Beibehaltung der Todesstrafe wird selbst von denen, die sich den zahlreichen schweren Bedenken gegen die Todesstrafe nicht verschließen können, vor allem geltend gemacht: In dem größten Lande unseres Reiches, in Preußen, werde durch seine entschiedene republikanische Regierung die Begnadigung hinsichtlich der Todesurteile und zwar deren Umwandlung in Zuchthausstrafen seit 1919 einwandfrei in der Weise gelibt, daß nur in besonders schweren Fällen die gleiche Gnadenpraxis und in einzelnen kleineren deutschen Freistaaten wie in Hessen mit seiner dauernd entschiedenen republikanischen Regierung sei seit 1919 die Todesstrafe überhaupt nicht mehr vollstreckt worden. Dazu kommt, daß § 73 des Entwurfs des Reichsstrafgesetzbuchs die Todesstrafe nicht mehr als alleinige Strafe für den Mord kenne, sondern in minder schweren Fällen durch Urteilspruch lebenslanges Zuchthaus oder zeitliche Zuchthausstrafe bis herab zu drei Jahren Zuchthaus zulasse.

## Die keine Gnade kennen . . .

Die grundsätzlichen Bedenken gegen die Todesstrafe werden durch diesen Hinweis auf die verhältnismäßig kleine Zahl der Vollstreckungen von Todesurteilen und die Begnadigungspraxis in einem Teil der deutschen Länder nicht entkräftet, da ihnen eine andere minder humane Begnadigungspraxis in Bayern und anderen Ländern des Reichs gegenübersteht, auch nicht durch die gesetzliche Einschränkung der Todesstrafe für die schweren Fälle des Mordes. Darüber hinaus muß mit Nachdruck auf die sehr ernsten Bedenken hingewiesen werden, die gegen die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes, der in den einzelnen Ländern des Reichs sehr verschiedenartigen und wechselnden Praxis in der Vollstreckung von Todesurteilen spricht, und auch bei der in Aussicht genommenen künftigen Regelung bestehen bleiben würde.

## Die entscheidenden Instanzen.

Die Todesstrafe ist die einzige Strafe, die nicht als unmittelbare Folge des auf Tod lautenden rechtskräftigen Urteils eintritt; die Vollstreckung jedes Todesurteils im Reich hat vielmehr noch außer der Rechtskraft die weitere Voraussetzung, daß eine Entscheidung der zur Ausübung des Gnadenrechts zuständigen Stelle des Landes, unter dessen Gerichtsbarkeit das gerichtliche Urteil ergangen ist, dahin gefaßt wird, daß von dem Begnadigungsrecht kein Gebrauch gemacht werde. Diese zuständigen Stellen sind die Staatsministerien der Länder und die Senate der drei Großstaaten des Reichs.

Wie sich nun die Verhältnisse bei uns entwickelt haben, ist in weitem Umfange die Frage der Todesstrafe zu einer politischen Frage geworden, so daß mit einem Wechsel des politischen Regimes nicht selten auch ein Wechsel in der stärkeren oder geringeren Anwendung der Todesstrafe verbunden ist und auch künftig verbunden bleiben wird.

Das Schicksal der zum Tode Verurteilten hängt deshalb zu einem Teil von der jeweiligen politischen Zusammenfassung der Länderparlamente und zugleich der Staatsministerien und Senate ab. Dies ist ein mit den Begriffen von Recht und Gerechtigkeit und nicht minder mit dem Begriff der deutschen Rechtseinheit unvereinbarer Zustand. Der unitarische Gedanke im Reichs- und Verfassungsleben Deutschlands verträgt es nicht, daß für absehbare Zeit hinaus bei Entscheidungen von solcher Bedeutung, wie es die Vollstreckung von Todesurteilen ist, der mehr oder minder zufällige Zeitpunkt von Neuwahlen oder des damit verbundenen Wechsels des politischen Regimes ausschlaggebend ist. Es gibt keinen größeren Gegensatz als Tod und Leben — und sei es das Leben im Zuchthaus.

## Unhaltbare Konsequenzen.

Der gegenwärtige wie auch nach dem Entwurf gewollte künftige Rechtszustand kann in jedem Augenblick zu unhaltbaren Konsequenzen führen.

Denkbar ist z. B. folgendes: Wenn ein rechtskräftig von einem bayerischen Gericht zum Tode Verurteilter entweichen und auf der Flucht kurz nach Ueberschreitung der Grenze auf preussischem Boden einen zweiten Mord begehen würde, den alsdann ein preussisches Gericht abzurteilen hat, könnte ein unlösbarer Konflikt daraus entstehen, daß die preussische Gnadeninstanz eine Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe beschließt, während Bayern auf den Kopf des Verurteilten besteht.

## Die Rechtseinheit verlangt Beseitigung!

Schon in den Motiven zum Entwurf des Strafgesetzbuchs zum Norddeutschen Bund ist gesagt, daß nur dann eine Rechtseinheit wirklich erreicht wird, wenn die nach ein- und demselben Strafgesetz erkannte Strafe im ganzen Bundesgebiet unter denselben Bedingungen und Formen zur Vollstreckung gelangt. Daraus beruht auch der jetzt von dem Reichsrat bezogene Entwurf des Strafvollzugsgesetzes.

Wiedem gegenüber gibt es nur eine befriedigende, im Einklang mit der deutschen Rechtseinheit stehende Forderung: Beseitigung der Todesstrafe.

Dr. Siegfried Rosenfeld, M. d. L.

# Wieder ein Gattenmord vor Gericht.

Das Verbrechen des Schulheizers Buchholz.

Am 5. Februar dieses Jahres erschien der Heizer Buchholz von der Grundschule am Herthaplatz in der Vermittlungsstelle. Er teilte mit, daß seine Frau am Abend vorher fortgegangen und nicht wieder zurückgekehrt sei. Auch eine Tasche und das Portemonnaie habe sie bei sich gehabt. Zwei Tage später, am 7. Februar, erschien er jedoch in Begleitung seiner Schwester im zuständigen Polizeirevier und gestand, seine Frau am Freitag, dem 4. Februar, getötet zu haben; die Leiche liege im Keller neben dem Heizraum der Schule. Tatsächlich fand die Polizei hier die Leiche der Frau in einem glücklich zugerichteten Zustand. Im Mund steckte ein Knebel, der Hals wies Würgespuren auf, der Kopf war mit einem Ziegelstein zerquetscht. Einer der Kessel war völlig ausgeräumt; es lag der Verdacht nahe, daß Buchholz seine Frau habe verbrennen wollen. Die Motive zur Tat schienen auf der Hand zu liegen. Buchholz unterhielt seit ein- einhalb Jahren ein Verhältnis mit einer Badefrau S. Er hatte ihr versprochen, sich von der Frau scheiden zu lassen und sie zu heiraten. Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb gegen Buchholz Anklage wegen Mordes. Erst später wurde diese Anklage auf Totschlag eingeschränkt. Heute morgen steht der Schulheizer vor dem Landgericht III. Er wird von den Rechtsanwälten Dr. Rembel und Dr. Reimold verteidigt, als Sachverständige sind Professor Strauch, Professor Fränkel und Dr. Bürger amwesend.

## Der 48jährige Angeklagte.

ein bagerer Mensch mit einer Brille, macht einen viel älteren Eindruck. Schon auf die ersten Fragen des Vorsitzenden, des Landgerichtsdirektors Bombe, kann er vor Weinen kaum antworten. Nur mit großer Mühe gelingt es, ihn zu veranlassen, seinen Entwicklungsgang und sein Eheleben zu schildern. Als junger Mensch hatte er in einer Zigarettenfabrik gearbeitet; kaum zwanzigjährig, wurde er mit seiner zukünftigen Frau bekannt, heiratete sie und begann einen Zigarettenhandel. Die Ehe gestaltete sich von vornherein unglücklich. Die Frau hielt ihren Mann sehr knapp.

## Spiel der Jugend.

Die Schüler des Friedenauer Gymnasiums wogen sich nach einer längeren Pause wieder mit einem dramatischen Werk: „Lobarsang“, einem Hymnus mit Sprechchören von Bruno Böhm, an die Öffentlichkeit. Es wurde gestern abend in der für diese Zwecke besonders geeigneten Aula des Friedenauer Gymnasiums uraufgeführt. Wie der Titel richtig vermuten läßt, ist es zwar ein religiöses Werk, aber im Grunde genommen ein im besten Sinne freireligiöses. Das Ueberflüssige wird in göttergestalteten Symbolen. Den alten Sombaken Feuer und Erde werden die neuen des Wissens der Technik und des Langes gegenübergestellt. Das Ganze mündet dann in eine Art pantheistisches Festes. Wenn der Dichter auch zweifellos zu schweren Pathos aufquellen, so daß man nur mit Mühe folgen kann, so erörtern doch zum Schluß die glückseligsten Worte Heimat, Volk und Menschheit. Die Hauptsache aber ist, was diese Schar begeisterter junger Menschen aus dem Werk des Dichters gemacht hat, und da kann man nur mit Respekt vor einer idealistischen Leistung stehen, die weit entfernt ist von der früher üblichen Theaterpielerei der Schulen. Aus ihr spricht unverkennbar der bewußte starke Bekenntnisdrang einer neuen Jugend. Diese jungen Menschen — es sind in der Hauptsache Jünglinge — leben im Spiel ein Stück ihres eigenen verborgenen Seins aus. Sie steigern sich über sich hinaus, wie man deutlich feststellen konnte, vom Spiel so bekannt, daß sie zu ekstatischen Rindern werden. Und so ist man, trotz dieser Unklarheiten der Dichtung, doch ergriffen und läßt sich willig mitgehen, weil man auch in diesen jungen Menschen

alles verdiente Geld nahm sie an sich, es war unmöglich, den Zigarettenhandel weiterzuführen. Buchholz wurde deshalb zuerst Helzer in einer Gewerbeschule, dann in der Schule in der Göttinger Straße, blieb hier 16 Jahre, bis er zur Schule am Herthaplatz strafverurteilt wurde. Das Verhältnis zur Frau gestaltete sich immer unglücklicher. Obgleich er neben seiner eigentlichen Arbeit noch für ein Schneidergeschäft Kleider bügelte, mußte er alles Geld der Frau abliefern, die selbst die Zigaretten für sich kaufte. Hinzu kam noch der Umstand, daß seine Frau krank war. Mehr als einmal soll die Frau gesagt haben: „Du kannst gehen, wohin du willst.“ Dann lernte Buchholz die Badefrau S. kennen, der er mehr als einmal versprochen, sich scheiden zu lassen. „Zu deinem Geburtstag bin ich frei,“ soll er zu ihr gesagt haben.

## Ueber die Tat selbst

hat Buchholz vor der Polizei zwei verschiedene Schilderungen gegeben. Beide Mafte hat er behauptet, daß er mit der Frau in Streit geraten sei. Während er aber im ersten Falle erklärt hatte, sich der Einzelheiten der Tat nicht entsinnen zu können, hat er im zweiten Falle sie ganz ausführlich geschildert. Zuerst behauptete er, er habe geglaubt, seine Frau sei noch am Leben und sie habe nach dem Streit mit ihm den Keller verlassen. Deshalb habe er am nächsten Morgen die Vermittlungsstelle gemacht und sei auch mit seinen Kindern im Reichenschaubaus gewesen. Dann aber erzählte er den Polizeibeamten, wie er die schreckliche Tat verübte, wie er hinterher bei Frau S. gewesen war, und wie er sich mit dem Gedanken getragen habe, die Leiche in der Laubentonne beiseite zu schaffen. Schließlich, von Beweismitteln angepöbel, gestand er die Tat seinem Vater.

Heute erklärt der Angeklagte, sich auf die Einzelheiten nicht mehr besinnen zu können, er begreife auch nicht, wie er damals alles ausführlich schildern konnte. Er habe seine Frau getötet, und er müsse nun büßen. Wie sich das Familienleben des Angeklagten in Wirklichkeit gestaltet hat und ob seine Frau durch ihr Verhalten ihn gewissermaßen in die Tat hineingetrieben hat, wird die Beweisaufnahme ergeben.

— trotzdem aus der Sozietät unter der Gefallenentafel viele schwarzweilige Schleifen leuchten — das Weben der neuen, der kommenden Zeit spürt. Man ist ergriffen, weil man sieht, wie ernst es ihnen ist. Der Hauptredner, ein junger Student, hat eine ungewöhnlich fesselnde, darstellerische und sprecherische Leistung. Die Meister der Sprechchöre hoben von ihren Vorbildern gut gelernt. Man sah einzelne Rednerinnen von eindringlicher Wirkung. Wenn nun diese jungen Menschen es einmal über sich gewinnen könnten, zu unseren proletarischen Feiern und zu den gleichfalls dramatischen Aufführungen unserer Arbeiterjugend zu gehen, dann müßten sie bekennen, daß das Ethos, das sie beschwängert, auch in den Seelen der jungen Proletarier lebendig ist und nach Ausdruck ringt.

Die Veranstaltung proletarischer Liederabend in Tempelhof findet nicht, wie angegeben, in der Kurfürstenstraße, sondern heute abend im Festsaal des Realgymnasiums in Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße, statt. Die Eintrittspreise einschl. Programm und Legitur beträgt 1 M. Für Arbeitslose und deren Familien ist der Eintritt frei.

In „Volk und Zeit“ bringen wir u. a. ein ganzseitiges Bild, das das an der südamerikanischen Küste untergegangene Schiff „Principessa Rosalba“ zeigt; das Schiff sank an der brasilianischen (nicht argentinischen) Küste bei Bahia; es hatte Auswanderer nach Argentinien an Bord.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postauflage bei.

